

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 261

Hauptredaktion: Dr. Goerth, Leipzig

Dienstag, den 8. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Rücktritt des Reichskabinetts

Der Rücktritt angenommen

Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinet hat sich heute mittag versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine funktionierende Feststellung der Wahlergebnisse und die Einberufung des Reichstages möglichst bald erfolgen mögen.

Berlin, 8. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie die „P. P. N.“ aus führenden sozialdemokratischen Kreisen hören, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichskanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung jede Konzession nach rechts hin ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat sich seit der Revolution für das deutsche Volk geopfert und anstandslos die Verantwortung der Regierungstätigkeit auf sich genommen, weil der Friede unbedingt geschlossen und Deutschland vor dem Zerfall durch äußere Feinde geschützt werden mußte. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Reichspräsident sofort bei Zusammentritt des neuen Reichstages den bisherigen Reichskanzler Hermann Müller aufheben wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf der Hand, daß dieser sich dann zu-

nächst an die U. S. D. wenden wird, damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält und ein entsprechendes Maß von Verantwortung übernimmt. Sollte sie das verweigern, so würde wohl Hermann Müller den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgeben.

Vorläufiges Ergebnis aus 31 Wahlkreisen

(Es steht noch aus: Kreis 17, Hannover-öst.)

	In 1000 Stimmen	1920	1919	1920	1919
Die Deutschnationalen	2 678	3 005	48	76	
Die Deutsche Volkspartei	3 178	1 588	54 ¹⁾	103	
Das Zentrum	2 720	6 777	54	89	
Die bayerische Volkspartei	794	—	15	—	
Die Demokraten	1 990	5 571	41	48	
Die Reichheitssozialisten	4 721	11 509	107 ²⁾	—	
Die Unabhängigen	4 123	2 817	68	20	
Die Kommunisten	398	—	6	—	
Gesamtzahl d. abgeg. Stimmen	21 584	29 712	380	390	

¹⁾ Einschließlich der ihnen aus dem Abstimmungsgebiet verbleibenden. ²⁾ Einschließlich der ihnen aus den Abstimmungsgebieten verbleibenden. Das würde für die Koalition 204, für die Rechtsopposition 102 und für die Linksoption 74, zusammen 176 Sitze ergeben.

Die Sphinx

E. E. Die Stimmung auf den beiden Seiten, wo die großen Wahlgewinne liegen, ist gehoben, aber keineswegs triumphal. Es ist doch zu vieles bedenklich an der augenblicklichen Lage, als daß selbst die Sieger des Wahlkampfes sich gänzlich darüber täuschen könnten. Sie haben ja ihre sieghafte Kraft an den praktischen Aufgaben noch nicht erprobt. Sie haben sich bisher von keinem Bewußtsein der Verantwortung besorgt gefühlt. Jetzt aber erhebt sich die kurze, doch inhaltsschwere Frage vor ihnen: Was nun? Jetzt hilft kein Reden mehr, jetzt geht's ans Tun! Auch fürchten sie wohl, wenn sie ihren Jubel zu laut erschallen lassen, daß das Echo von der anderen Seite nicht minder heftig zurückhallen und ihre Anhänger unanständig daran mahnen könnte, daß auch die radikale Opposition des anderen Flügels bedrohlich stark gemordet ist. Wir wollen nur hoffen, daß wir in keine Schaukelpolitik hineingeraten, bei der heute Rechts und morgen Links oben auf ist und, statt daß sich ein Gleichgewicht, eine Ruhe-lage herstellt, schließlich ein Unglück passiert, indem der Tragbalken durchbricht oder in der Mitte keine Unterlage mehr zu beschaffen ist.

Das Schicksal der bisherigen Unterlage, des Regierungsblokes, ist bis zur Stunde noch immer ungewiß. Nach manchen annähernden Meldungen über das Gesamtergebnis hat die Regierungskoalition die Mehrheit bereits verloren. Es scheint freilich, daß diese Zählungen von den Grenzgebieten des Reiches absehen, in denen in nächster Zeit Volksabstimmungen über ihre staatsrechtliche Zugehörigkeit abgehalten werden sollen, die deshalb nicht zum Reichstage gewählt haben, und deren bisherige Abgeordnete daher vorläufig im Reichstage bleiben. Nimmt man diese Bezirke hinzu, so scheint es bis jetzt noch möglich, daß eine kleine, allerdings geringfügige Mehrheit der Regierungsblokes erhalten bleibt. Allein damit wäre nur eine Verschiebung der Regierungskrise, aus der, wie gestern schon gesagt wurde, eine Krise des Reiches werden kann, gewährleistet. Denn jene Volksabstimmungen werden in kurzer Zeit stattfinden, und dann werden diese Gebiete entweder dem Reiche verloren gehen oder sie werden ebenfalls zum Reichstage wählen, wodurch normaliter die weitere Erhaltung der Regierungskoalition auch nicht zu jähren wäre. Es scheint also, daß das Leben der bisherigen Koalitionsregierung, auch von ihrem Personalbestande abgesehen, in jedem Fall nur noch von kurzer Dauer sein kann. Außerdem wären auch für diese Spanne Zeit die Schwierigkeiten des Zusammenarbeitens erhöht. Denn erstens wäre die Grundlage sehr viel schmaler, die Lage der Regierung also unsicherer geworden als früher, und zweitens würden sich vermutlich die sachlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts verschärfen, indem die Sozialisten mehr nach links, die Demokraten vielleicht, was psychologisch begrifflich, politisch darum aber noch nicht richtig wäre, mehr als bisher nach rechts hinüber neigten.

Nur das Zentrum würde sich wahrscheinlich noch elastischer anpassen als bisher. Es erklärt bereits jetzt durch die „Germania“ mit der ganzen Unbefangenheit, die dieser konfessionellen, angeblich also unpolitischen und in Wahrheit doch am meisten politischen Partei von jeder im Bewußtsein ihrer Unerfährlichkeit eigen war, daß sie unter Umständen auch mit den Unabhängigen zusammenarbeiten würde. Das Zentrum könnte sich in einem solchen Falle allerdings mit Seelenruhe auf die Rechte berufen, die ebenfalls von Vorurteilen bei der Wahl ihrer Bundesgenossen noch nie behindert worden ist. Nicht nur die Nationalsozialisten der äußersten Rechten bestärken den alten Eck, daß sich die Extreme berühren, auch die Agitation der Deutschnationalen Volkspartei soll in gewissen Industriegebieten sich ziemlich anreißerisch an die radikalen Arbeiter herangemacht und ihnen unter Verheißung besonderer Lebensmittelfürsorge klar zu machen gesucht haben, daß sich nach der Wahl auch mit der Rechten zusammen leben ließe, die ja die Landwirtschaft hinter sich habe, also schon manches Wirkliche zur Verbesserung der Lage der Arbeiter tun könnte. . . . Auf solche Beziehungen allein könnte sich ja der Plan einer Koalitionsregierung, bestehend aus der äußersten Rechten und der äußersten Linken, stützen, der trotzdem lediglich als abenteuerlich zu bewerten ist und keinen Augenblick ernsthafter Erwägung verdient. Wir glauben freilich, daß das grundsätzliche Hindernis auf der Linken und nicht auf der Rechten liegt. Uebrigens erklären die Unabhängigen nach wie vor, daß sie überhaupt mit keiner bürgerlichen Partei zusammen regieren würden, womit sich dieses Problem vorläufig erledigt.

Gleichgültig, ob das Schicksal der Koalition schon jetzt oder erst in kurzer Zeit entschieden wird, das fernere Schicksal der Demokratie und der Deutschen Demokratischen Partei bleibt davon ebenso unberührt wie von dem diesmaligen Wahlausfall. Das ist unsere feste Ueberzeugung! Der Dreieckhalt der Demokratie wird sich durchsetzen, und ihr praktischer Wert für die deutsche Gegenwart und Zukunft ist so unergreiflich und einzig, daß man sagen kann: Das deutsche Volk und Reich werden demokratisch sein oder sie werden nicht sein. Wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit das heute noch nicht einseht, so kann uns das nicht irren machen. Die Demokratie, von deren Wahrheit und Notwendigkeit wir angesichts des chaotischen Wahlergebnisses mehr als je überzeugt sind, bedeutet ja nicht, daß man jede Entscheidung der jeweiligen Mehrheit als richtig ansieht — auch Konzepte können irren — und sich ihr innerlich fügt, sondern nur, daß man sie als praktisch-politisch maßgebend anerkennt.

Völlige Ratlosigkeit

Die Rechte für Geschäftsministerium — Die Unabhängigen wollen nicht regieren — Parole „Neuwahlen!“

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juni.

Der deutsche Bürger, der von der Wahlurne zurückkehrte, hatte sich gemächlich in seinen Sogenen zurückgelehnt, demüde so gemächlich wie der Nachbar, der es vorzuziehen hätte, gar nicht erst in das unfreundliche Wetter hinauszufragen. Er hatte seinen Zettel abgegeben — natürlich für die Deutsche Volkspartei, die sich für ein harmloses Gemälde gelehrt — und damit hielt er seine politische Aufgabe für erledigt. Er hatte gewöhnt, für das Weitere sollte ja dann der Reichstag sorgen. So dachte er. Und dachte gründlich falsch, denn nun steht er plötzlich einer drohenden Diktatur gegenüber, die auf ihn eindringt mit dem Verlangen, daß er zu seiner Wahl auch so etwas wie eine Gedächtnisprüfung geben müsse. Es ist eine Flut von Fragezeichen, die hereinbricht und brodelnd, und der deutsche Bürger steht erschrocken am Rande dieses Herdenschlammes: „Ja, ich habe doch gewählt!“

Allerdings. Und wie! Ein Reichstag ist da, aber er hat keine Majorität. Eine Regierung soll geschaffen werden aber man weiß nicht, von wem und gestützt auf wen. Fragen von lebenswichtiger Bedeutung drängen im Innern und von außen auf Entschluß, und es ist keine Stimme da, die darauf Antwort gäbe.

Die Politik der Mittellinie allein war es, die der deutschen Republik bis zu diesem 6. Juni Lebensmöglichkeit gegeben hat in dem Ringen gegen die inneren Schwierigkeiten und gegen die Belastung von außen. Das Wahlergebnis aber ist dieser offenkundigen Tatsache zum Trotz, eine Abkehr von der Politik der Mittellinie. Man wäre versucht zu sagen: eine entscheidende Abkehr, wenn man nicht bezweifeln müßte, ob überhaupt ein klarer, entschlossener Wille für die Zukunft die Mehrheit der bürgerlichen Wähler geleitet, ob nicht Gefühl und Stimmung des Tages ihre Zettelabgabe bestimmt hat. Doch das ist eine ungeliebte Frage; Tatsache ist die Abkehr von der Mitte nach den beiden Extremen hin. Und eine andere Tatsache ist, daß jedes dieser Extreme verlagen muß vor jeder politisch entscheidenden Frage, auf die von Deutschland Antwort gegeben wird. Weder die Linke, noch die Rechte hat die Kraft und das Mandat, als Wortführer des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln.

Versuchen wir die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Koalitionsmöglichkeiten zu erkennen. Sie ist noch nicht überall scharf präzisiert, aber sie kündigt sich in den Äußerungen der Wähler bereits umfänglich an. Am klarsten ist die Haltung des Zentrums dadurch, daß es ohne Zweifel für so ziemlich jede Kombination zu haben sein wird; zwar unter inneren Kämpfen, aber schließlich trotzdem. Das Zentrum kann sich das leisten, und es ist nur verständlich, wenn die „Germania“ noch zwei Tage nach der Wahl in aller Ruhe erklärt, man könne sich derartige Betrachtungen für die nächsten Tage sparen. Man warte ab, wohn man eingeladen wird. Wie steht es um die alte Sozialdemokratie? Sie hat bereits gestern den Unabhängigen sehr deutlich gewinkt. Heute winkt sie noch deutlicher ab — und zwar der Deutschen Volkspartei, indem der „Vorwärts“ den Gedanken an eine Koalition mit dieser als einen Spatz bezeichnet, für den die Zeit zu erst sei, und es mit aller Eindeutigkeit ablehnt, den Köchen der Sozialisten und Republikaner dafür herzugeben, daß Kapitalisten und Monarchisten zur Macht emporsteigen. Mit diesen Ausführungen stellt der „Vorwärts“ die Harmonie mit dem Sprachrohr der Unabhängigen noch klarer, als es schon gestern geschehen ist. Die radikalen Sozialdemokraten sind allerdings durch ihre Erfolge nur noch mehr radikalisiert worden; sie sehen keinen Raum mehr zu Vermittlungen. Sie scheinen den Gedanken einer irgendwie gearteten Beteiligung an einer irgendwie gearteten Regierung abzulehnen! Die „Freiheit“ führt aus: Die deutschen bürgerlichen Klassen haben gewählt, und man möge sie die Verantwortung tragen. Sie mögen den Versuch machen nun zu zeigen, wie sie jene bürgerlichen Klassen herbeiführen wollen, die sie bei den Wahlen in Aussicht gestellt haben. Wir wissen, wie dieser Versuch ausgehen muß, und fühlen uns stark genug zu-

verhindern, daß er auf Kosten der Arbeiterklasse gemacht wird. Die Kämpfe, die uns bevorstehen, werden nicht leicht sein, aber die Klarheit, die sie schaffen werden, ist die Vorbedingung für den Zusammenbruch des gesamten Protektariats im Lager des revolutionären Sozialismus und damit für seinen Sieg.

So zeigt sich die Stimmung der Linken. Von rechts her ist man zum Partieren wesentlich weniger, aber angesichts der Stimmungen, die von links kommen, ist es möglich, wenn in den Wäldern der Rechten die Möglichkeiten der Kombinationen von der Volkspartei oder gar den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie erörtert werden. Die alte Sozialdemokratie orientiert ihren Blick scharf nach links, da sie fühlt, daß jede Abkehr mit einer der Rechtenpartei zusammenarbeiten, sie auch noch den Rest ihrer Anhängerschaft kosten würde.

Bliebt von der alten Koalition die Demokratie. Es hat in der Nationalversammlung Demokraten gegeben, die es für ein Glück hielten, daß die Partei, die das Sagen an der Spitze spielen könne. Fast scheint es, als ob gewisse Kreise aus dieser Rolle auch für die neue Lage Trost und Hoffnung zu finden glauben. Sie sollen sich nicht täuschen. War schon früher die Position, die zwischen den beiden extremen Mindergruppen den Ausschlag zu geben hätte, oft genug heillos, so ist sie jetzt geradezu lebensgefährlich. Denn jetzt ist die politische Situation nicht mehr mit einer Woge zu vergleichen, sondern mit dem Mahlgang einer Mühle, und wer zwischen das Getriebe der beiden Extreme kommt, riskiert, zermahlen zu werden. In dieser bedrohlichen Lage befindet sich die Demokratie, der der Gedanke ebenso unerträglich sein muß, mit der radikalen Linken zusammenzugehen, wie mit der nationalistischen Rechten.

Was also? Das Kabinetts hat seine Vorleserleser zur Verfügung gestellt. Das Interimistatium muß so kurz als möglich gestaltet werden, aus den mannigfachen Gründen, von denen der möglicherweise außenpolitische, die nahende Spätkonferenz, sich von selbst versteht. Innerpolitisch ist es notwendig, eine Regierung nach wirklich großen Gesichtspunkten zusammenzubringen, daß nichts diese Aufgabe mehr erschwert, daß nichts sie mehr zu einem Geschäft und Schacher herabzieht als der Einfluß des Parlaments.

Es ist kennzeichnend für die Rechte, daß sie heute in einem Interimistatium im Berliner Lokalratgeber sich für den Gedanken einer Geschäftsregierung lebhaft erwidert. So einfach wird sie sich aber der Verantwortlichkeit nicht zu entziehen vermögen. Sie hat auf ein Extrem mit aller Verantwortungslosigkeit hingetrieben, nun steht sie vor ihm zurück. Das ist zu verstehen, aber es ist nicht zu dulden.

Reines der beiden Extreme bietet einen gangbaren Weg, und die Stunde drängt zum Beginn des Marsches. Das Drängen ist so stark, daß man bereits beginnt, die großen Ziele, mit denen man in den Kampf gezogen ist, aus den Augen zu verlieren über der Sorge, wie nur die ersten Stappen überwandern werden sollen. Schon sehen nüchtern und erschafft erzwungene Politiker keinen anderen Ausweg, als daß versucht werden müsse, die alte Koalition trotz ihrer fast nicht vorhandenen Majorität die Geschäfte weiterzuführen zu lassen, damit sie wenigstens über die wirtschaftlich schwierigsten zwei Sommermonate und die außenpolitische Belastung der Spa-Konferenz hinweghelfe.

Und dann? „Neuwahlen!“ sagt die „Deutsche Ill.-Ztg.“, und sie erhofft von ihnen ein weniger zwiespältiges Bild, als es diese Wahlen ergeben haben. Damit ist das Wort ausgesprochen, das in dem Gedanken mehr als eines weitschauenden Politikers einen kritischen Punkt darstellt. Dieser Reichstag ist eine Unmöglichkeit, von welcher Seite man ihn auch ansieht, und es ist nicht auszuweichen, wie für wie lange, von ungeheuren Aufgaben erfüllte Jahre er die Geschichte Deutschlands bestimmen soll. Diese Erkenntnis wird mit zwingender Gewalt um sich greifen im deutschen Volk, denn so wenig es bei der Wahl des 6. Juni politischen Sinn bewiesen hat, so notwendig wird es politisches Denken lernen müssen aus der Frucht seiner letzten (hoffentlich letzten) unpolitischen Handlung. Die Fragezeichen sind warnend aufgerichtete Wegweiser.

Neuer Münchner Geiselmordprozess. In München begann am Montag vor dem Volksgericht der dritte Geiselmordprozess. Angeklagt sind wegen Mordes der Münchner Metzger Walkerschäfer und der Währinger Metzger Schneider. Beide bestreiten, bei der Erschießung der Geiseln beteiligt gewesen zu sein.